

Freiheit und Wohlstand



Kürzlich durfte ich in einem TV-Statement begründen, warum die Schweiz in einer Rangliste des amerikanischen Cato Instituts, das die Freiheit in der Welt vergleicht, wiederholt den Rang 1 belegt.

Meine Begründung war nicht die Demokratie, sondern die interne Vielfalt, die in einem jahrhundertalten friedlichen Wettbewerb gemeinsame Lernprozesse ermöglicht. Es ist kein Zufall, dass das weltweit freieste Land auch punkto Wohlstand regelmässig gut abschneidet. Einmal mehr darf darauf hingewiesen werden, dass Freiheit nicht nur Reichtum für Reiche bewirkt, sondern unter jenen, denen man sie gewährt, auch die Ärmeren schneller reich macht – und dies weder auf Kosten Dritter noch der Natur.

Reichtum entsteht nicht durch Angebote und Ausbeutung, sondern auch durch selbst erarbeiteten und -bestimmten Konsum und breit abgestützten Wohlstand. Intelligente und lernbereite Reiche sind aus guten Gründen am zunehmenden Wohlstand aller durch eine generelle Erhöhung des Lebensstandards interessiert. Der so geschaffene Wohlstand darf aber nicht auf einer zwangsweisen fiskalischen Umverteilung beruhen. Eine solche führt nämlich zu einem politischen Wettbewerb der «hohlen Hände» und zerstört den Anreiz zum Lernen, Leisten und Sparen. Das führt zu einer egalitären Gesellschaft, in der alle auf Kosten anderer immer besser leben wollen um den Preis zunehmender Staatsabhängigkeit und Unfreiheit.

Reiche und freie Länder tragen nachweisbar auch der Umwelt mehr Sorge, und jede Umverteilung von reichen, freieren Ländern an ärmere bewirkt dort zusätzlichen Konsum und zusätzliche Schäden für die Umwelt. Das nehmen jene Weltverbesserer nicht gern zur Kenntnis, die eine Rettung der Welt durch weniger Freiheit, mehr Verbote und mehr erzwungene Umverteilung von Reich zu Arm anstreben.

Robert Nef, Publizist St.Gallen

Vergoldete EU-Politiker

Die Bezüge der EU-Parlamentarier nahmen in den vergangenen zwei Jahren um weitere 25 Prozent zu. Wie viel gibt es neu pro Kopf? 319'000 Euro.

In Brüssel wird das Budget für das Jahr 2024 vorbereitet. Zuoberst kommt «das Wichtigste», also die Entschädigung der Politiker. Diese Prioritätensetzung erstaunt jemanden wie mich, der öfter mit EU-Parlamentariern zu tun hat, nicht wirklich. Keine Überraschung auch, dass in zahlreichen weiteren Budgetposten Vergütungen an die Politiker versteckt sind.

Das Grundsalar beträgt 119'400 Euro. Mit ein wenig Fleiss kann man aus den Unterlagen – diese sind nach allen Regeln der Vertuschungskunst «geordnet» – die richtigen Zahlen herauslesen. Wer sich die Mühe nimmt, findet also aus den Lohnstarifen, Sozialabgaben und Spesenreglementen heraus, wie viel die EU-Parlamentarier überwiesen bekommen. Vorneweg: Sie kosten Europas Steuerzahler ein Vermögen.

Seit 2021 gehen die Vergütungen an die 705 EU-Abgeordneten durch die Decke. Die Zahlen dazu: 181 Millionen Euro im Jahr 2021, 209 Millionen im 2022 und mindestens 225 Millionen in diesem Jahr. Ein Viertel mehr, trotz Krise. Eine satte Zunahme!

Die Reise- und Unterkunftskosten sind, pro Kopf, mit 101'700 Euro budgetiert. Die Spesen machen pro Parlamentsmitglied zusätzliche 61'300 Euro aus, die Beiträge an die Pensionskasse 16'000 Euro, dazu gibt es 18'700 Euro fürs Repräsentieren.

Ich habe diese Bezüge mit den Durchschnitts-Bruttolöhnen der Herkunftsländer der EU-Parlamentarier verglichen: Sie sind viermal höher als in Dänemark, fünfmal höher als in Österreich, 16-mal höher als in Griechenland und 25-mal höher als in Bulgarien. Die Auslagen für die persönlichen Mitarbeiter, ebenfalls aus den Steuerkassen finanziert, schliesse ich hier besser nicht auf. Sonst wird Ihnen beim Lesen schwindlig. Nur so viel: Sie betragen weit mehr als die 319'000 Euro, welche direkt an die Politiker fließen.

Kein Wunder, dass junge Leute aus ganz Europa nach Brüssel wollen, anstatt sich zu Hause auf die Suche nach einer anständigen Arbeit zu machen.



Der Rheintaler SVP-Nationalrat Roland Rino Büchel ist Mitglied der Aussenpolitischen Kommission und Mitglied des Europarates.